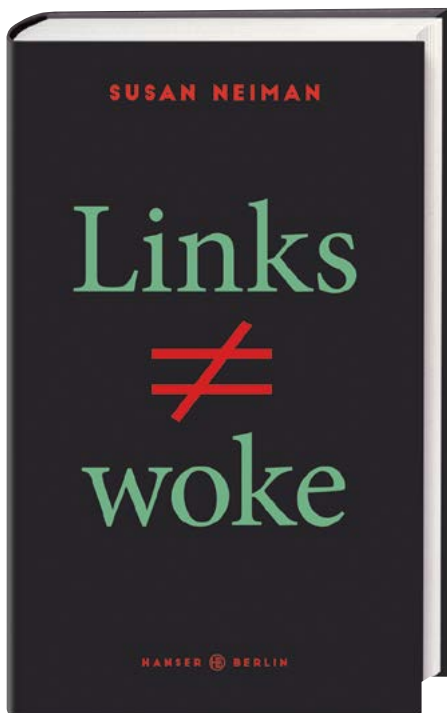


Leseprobe aus:  
Susan Neiman  
Links ist nicht woke



Mehr Informationen zum Buch finden Sie auf  
[www.hanser-literaturverlage.de](http://www.hanser-literaturverlage.de)

© 2023 Hanser Berlin in der Carl Hanser Verlag GmbH & Co. KG, München

 HANSER BERLIN





Susan Neiman

Links

≠

woke

Aus dem Englischen von  
Christiana Goldmann

Hanser Berlin

Die englischsprachige Originalausgabe  
erschien 2023 unter dem Titel  
*Left Is Not Woke* bei Polity Press, Cambridge / Hoboken.

1. Auflage 2023

ISBN 978-3-446-27802-8

© 2023, Susan Neiman

Alle Rechte der deutschen Ausgabe

© 2023 Hanser Berlin in der

Carl Hanser Verlag GmbH & Co. KG, München

Umschlag: Peter Hassiepen, München

Satz: Sandra Hacke, Dachau

Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck

Printed in Germany



MIX  
Papier | Fördert  
gute Waldnutzung  
FSC® C083411

## Inhalt

|  |     |
|--|-----|
| Einleitung .....                       | 7   |
| Universalismus und Stammesdenken ..... | 18  |
| Macht und Gerechtigkeit .....          | 70  |
| Fortschritt und Verhängnis .....       | 110 |
| Zum Schluss .....                      | 149 |
| <br>                                   |     |
| Danksagungen .....                     | 167 |
| Anmerkungen .....                      | 169 |



## Einleitung

Was dieses Buch nicht enthält: Tiraden gegen Cancel Culture oder Aufrufe zu Überparteilichkeit. Genauso wenig werde ich von der liberalen Tugend sprechen, sich um Verständnis für diejenigen zu bemühen, die unsere Ansichten nicht teilen, obwohl ich das eindeutig für eine Tugend halte. Doch verstehe ich mich nicht als Liberale. In Europa redet man gern von linksliberalen Werten, um das bedenkliche Wort »links« zu entkräften, zu dem ich weiterhin stehe. Meine Loyalität war von jeher parteiisch: Aufgewachsen bin ich in Georgia, während der Kämpfe der Bürgerrechtsbewegung, und habe mich danach immer weiter nach links bewegt. Heute, wo selbst das Wort »liberal« in Amerika als Schimpfwort gebraucht wird, vergisst man leicht, dass es selbst dort einst Menschen gab, die sich ohne weiteres Sozialisten nannten. Anfang des Kalten Krieges schrieb kein Geringerer als Albert Einstein eine stolze Verteidigung des Sozialismus. Das würden heute immer weniger Menschen tun. Doch wie Einstein und viele andere lasse ich mich gerne eine Linke und Sozialistin nennen.

Von den Liberalen unterscheidet sich die Linke darin, dass sie nicht allein die politischen Rechte hochhält, die uns Rede-, Religions-, Bewegungs- und Wahlfreiheit sichern, sondern auch die sozialen Rechte reklamiert, die eine reale Ausübung dieser politischen Rechte erst garantieren. Liberale Autoren sprechen von »Ansprüchen« oder »sozialer Sicherung«. Solche Begriffe lassen es so aussehen, als wären faire Arbeitsbedingungen, Bildung, Gesundheitsfürsorge und Wohnen Fragen der Wohltätigkeit und nicht der Gerechtigkeit. Dabei sind diese und andere



soziale Rechte auf faire Arbeitsbedingungen, Bildung, Gesundheitsfürsorge, Wohnen und Teilnahme am kulturellen Leben in der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* enthalten, die 1948 von den Vereinten Nationen verabschiedet wurde. Die meisten Mitgliedstaaten haben dieses Dokument unterzeichnet, und doch hat bislang keiner dieser Staaten eine Gesellschaft geschaffen, die all diese Rechte sicherstellt – die Erklärung ist rechtlich nicht bindend. Mag das Dokument auch in sagenhafte 530 Sprachen übersetzt worden sein, mehr als einen Anspruch formuliert die Erklärung nicht. Linkssein heißt, darauf zu bestehen, dass diese Ansprüche nicht utopisch bleiben.

»Sich schrittweise durch die Veränderung des Rechts-, Fiskal- und Sozialsystems in diesem oder jenem Land auf den partizipatorischen Sozialismus zuzubewegen, ist durchaus möglich. Wir brauchen nicht auf die Einstimmigkeit des Planeten zu warten«, schreibt der Ökonom Thomas Piketty.<sup>1</sup> Es reiche, die Steuern auf einen Satz zu erhöhen, der unter dem läge, den die Vereinigten Staaten und Großbritannien in der Ära des größten Wirtschaftswachstums nach dem Krieg erhoben haben. Piketty kommt zu dem Schluss, dass gerade die Desillusionierung über ökonomische und soziale Gerechtigkeit Identitätskonflikte auslöse.<sup>2</sup> Es geht in diesem Buch auch nicht darum, dass sich die Linke mehr um ökonomische als um andere Formen der Ungleichheit kümmern sollte. Ich halte das zwar tatsächlich für richtig, aber dafür sind schon hinreichend Lanzen gebrochen worden. Mich beschäftigt vielmehr, warum sich sogenannte linke Stimmen der Gegenwart von philosophischen Ideen verabschiedet haben, die für den linken Standpunkt von zentraler Bedeutung sind: ein Bekenntnis zum Universalismus statt zum Stammesdenken, eine klare Unterscheidung zwischen Gerechtigkeit und Macht und die Überzeugung, dass Fortschritt möglich ist. All diese Ideen sind miteinander verbunden.

Aber sie werden im heutigen Diskurs kaum noch erwähnt. Das hat recht viele meiner über die Welt verstreuten Freunde zu dem bitteren Schluss kommen lassen, sie gehörten nicht mehr zu den Linken. Auch wenn sie sich ihr Leben lang für soziale Gerechtigkeit eingesetzt haben, finden sie die Entwicklungen auf Seiten der sogenannten woken Linken oder radikalen Linken äußerst befremdlich. Ich bin dennoch nicht bereit, das Wort »links« aufzugeben oder mich der Meinung anzuschließen, man sei entweder woke oder reaktionär. Stattdessen möchte ich untersuchen, wie die selbsternannte Linke von heute Kerngedanken hat fallenlassen, an denen jeder Linke festhalten sollte.

*In einer Zeit, in der auf allen Kontinenten antidemokratische und nationalistische Bewegungen wachsen, stehen wir da nicht vor drängenderen Problemen als dem, die Theorie zu klären?* Eine Kritik an denen, die vermeintlich die gleichen Werte teilen, könnte narzisstisch klingen. Doch sind es wahrlich keine kleinen Unterschiede, die mich von denen trennen, die sich für woke halten. Die Differenzen betreffen nicht bloß Stil und Ton, sie treffen ins Herz dessen, was es heißt, links zu sein. Die größere Gefahr mag von den Rechten ausgehen, doch die Linken von heute haben sich selbst der Ideen beraubt, die wir unbedingt brauchen, um dem allgemeinen Rechtsruck zu widerstehen.

Die Verschiebung nach rechts findet international statt und ist gut organisiert. In Bangalore, Budapest und anderswo kommen rechte Nationalisten regelmäßig zusammen, um sich gegenseitig zu unterstützen und Strategien abzusprechen, auch wenn jede Nation dabei ihre Zivilisation für die höhere hält. Die Solidarität unter den Rechten zeigt, dass nationalistische Überzeugungen nur am Rande auf der Idee fußen, Ungarn/Norweger/Juden/Deutsche/Angelsachsen/Hindus seien der beste aller möglichen Stämme. Was sie eint, ist vielmehr das Prinzip des Stammesdenkens selbst: Echte Verbindungen entstehen nur

zwischen Menschen gleicher Stämme, folglich haben wir keine tiefen Verpflichtungen gegenüber anderen. Es ist mehr als ironisch, dass die Stammesdenker von heute besser kooperieren als diejenigen, deren Engagement sich, ob sie es nun wissen oder nicht, aus dem Universalismus speist.

Woke bezeichnet keine eigentliche Bewegung. Der Ausdruck *stay woke* ist zum ersten Mal 1938 in dem Lied *Scottsboro Boys* des großen Bluesmusikers Leadbelly belegt. Gewidmet war es neun schwarzen Teenagern, deren Hinrichtung wegen Vergewaltigungen, die sie nie begangen hatten, erst durch jahrelange internationale Proteste verhindert werden konnte. Wach bleiben für Ungerechtigkeit, wachsam für Anzeichen von Diskriminierung, was sollte daran falsch sein? Doch innerhalb weniger Jahre wandelte sich der Begriff *woke* vom Lobes- zum Schmähwort. Was ist da geschehen?

Von Ron DeSantis bis zu Rishi Sunak und Éric Zemmour ist *woke* zu einem Schlachtruf geworden, der zum Kampf gegen alle Antirassisten aufruft, ähnlich wie der Begriff *Identitätspolitik* ein paar Jahre früher umgekrempelt worden ist. Dennoch liegt die Schuld nicht allein bei den Rechten. Barbara Smith, Gründungsmitglied des Combahee River Collective und Schöpferin des Begriffs, betont, dass *Identitätspolitik* inzwischen auf eine Weise gebraucht wird, die nie beabsichtigt worden ist. »Es bedeutet absolut nicht, dass wir nur mit Menschen zusammenarbeiten würden, die so sind wie wir. Unser Credo ist es, mit Menschen ganz diverser Identitäten an gemeinsamen Problemen zu arbeiten.«<sup>3</sup>

Man könnte dennoch auf die Idee kommen, schon in den ursprünglichen Absichten habe der Keim zum Missbrauch gelegen. Dass aber weder die Wörter Identitätspolitik noch woke Politik mit der notwendigen Nuanciertheit eingesetzt wurden, ist offensichtlich Beide führten zu Entfremdungen, die sich die

Rechten schnell zu Nutzen machen. Universitäten und Unternehmen neigen eher dazu, woke Tendenzen zu eskalieren als Aktivisten, die vor Ort arbeiten. Der schlimmste Missbrauch geht vom woken Kapitalismus aus, der die Forderung nach Vielfalt zum Zwecke der Profitsteigerung gekapert hat. Der Historiker Touré Reed hält diesen Vorgang für wohlkalkuliert: Unternehmen glauben, dass Schwarze einzustellen ihnen Zugang zu deren Märkten verschafft.<sup>4</sup> Oft geschieht eine solche Vereinnahmung direkt und unverhohlen. McKinseys Bericht für die Filmindustrie erklärt: »Die Industrie konnte durch die Thematisierung der anhaltenden rassistischen Ungerechtigkeit jährlich 10 Milliarden Dollar zusätzlich an Gewinn machen – etwa sieben Prozent mehr als der geschätzte Ausgangswert von 148 Milliarden Dollar.«<sup>5</sup> Selbst abgesehen von der kruden Ausbeutung dessen, was mit fortschrittlichen Zielen begonnen hat, ist *woke* vielfach zur Symbolpolitik geworden, anstatt sozialen Wandel einzuleiten. Woker Kapitalismus war das dominierende Thema beim Weltwirtschaftsforum in Davos 2020, zugleich wurde der Eröffnungsredner Donald Trump mit stehenden Ovationen begrüßt.<sup>6</sup> Der Umstand, dass rechte Politiker das Wort *woke* verächtlich ausspucken, sollte uns nicht davon abhalten, es zu untersuchen.

Kann man *woke* definieren? Es beginnt bei der Sorge um ausgegrenzte Menschen und endet bei ihrer bloßen Reduktion auf das Ausgegrenztsein. Mit dem Gedanken der Intersektionalität hätte deutlich gemacht werden können, inwiefern wir schließlich alle mehr als eine Identität haben. Stattdessen führte er dazu, sich ausschließlich auf die Identitäten zu konzentrieren, die die stärkste Ausgrenzung erfahren, und sie zu einem Wald aus Traumata zu verdichten.

*Woke* hebt hervor, in welcher Weise die Rechte einzelner Gruppen beschnitten worden sind, versucht hier Abhilfe zu

schaffen und Wiedergutmachung zu leisten. Doch wenn vor allem Machtungleichgewichte im Fokus stehen, bleibt die Idee von Gerechtigkeit oft auf der Strecke.

Die Woke-Bewegung fordert Nationen und Völker dazu auf, sich mit den Verbrechen in ihrer Geschichte auseinanderzusetzen. Oft wird aber daraus geschlossen, dass die Geschichte aus nichts als Verbrechen besteht.

Das Verwirrende an der Woke-Bewegung ist, dass sie von Empfindungen angetrieben wird, die traditionell bei der Linken zu finden sind: Mitgefühl für die Ausgegrenzten, Empörung über die Misere der Unterdrückten, die feste Überzeugung, dass historisches Unrecht wiedergutzumachen ist. Doch diese Empfindungen sind durch eine Reihe theoretischer Annahmen so aus der Spur geraten, dass sie schließlich ausgehöhlt werden. *Theorie* ist ein derart modischer Begriff, dass er sogar zum Namen einer Modemarke geworden ist. Das Wort mag heute keinen klaren Gehalt mehr haben, aber es hat eine Richtung. Was unterschiedlichste intellektuelle Bewegungen mit dem Wort *Theorie* verbinden ist die Ablehnung des erkenntnistheoretischen Begriffsrahmens und der politischen Annahmen, die das Erbe der Aufklärung waren. Man muss nicht Jahre damit zubringen, Judith Butler oder Homi Bhabha zu entschlüsseln, um von Theorie beeinflusst zu sein. Nur selten bemerken wir überhaupt die inzwischen in die Kultur eingebetteten Annahmen, denn sie werden meistens als selbstverständliche Wahrheiten betrachtet. Da sie als schlichte Beschreibungen der Wirklichkeit auftreten und nicht als Ideen, die wir in Frage stellen können, lassen sie sich nur schwer direkt anzweifeln. Wer im Studium gelernt hat, allen Wahrheitsansprüchen zu misstrauen, wird zögerlich, eine Falschheit anzuerkennen.

Ein guter Ort, um damit anzufangen, ist die *New York Times*, denn sie gibt in mehr als einem Land den Ton an. Zwar steht sie

wie seit jeher für den neoliberalen Mainstream, doch seit 2019 ist sie zunehmend und demonstrativ woke geworden. Diese Entwicklung hat nicht nur zu dem umstrittenen *Projekt 1619* geführt, sondern auch zu einem wirklichen Fortschritt, der sich vor allem darin zeigt, dass die Stimmen und Gesichter schwarzer und brauner Menschen öfter vertreten sind. Doch was machen wir mit diesem 2021 gedruckten Satz? »Trotz der indischen Wurzeln von Vizepräsidentin Kamala D. Harris könnte die Regierung Biden mit Modis hindu-nationalistischem Programm zunehmend weniger Nachsicht üben.« Wer den Satz zu schnell liest, dem entgeht die krasse theoretische These: Politische Ansichten hängen von der ethnischen Herkunft ab. Wer nichts über das heutige Indien weiß, weiß vermutlich auch nicht, dass die schärfsten Kritiker von Modis rabiatem Hinduzentrismus selbst Inder sind. Die mutigsten unter ihnen sprechen von Faschismus.

Etwa zur gleichen Zeit wunderten sich viele amerikanische Medien über ein überraschendes Detail der Präsidentschaftswahlen von 2020. In seiner ganzen Regierungszeit war Donald Trumps Rassismus gegenüber Schwarzen und Latinos unverkennbar, dennoch erhielt er mehr Stimmen aus dieser Gruppe als vier Jahre zuvor. Statt einmal kurz in Frage zu stellen, ob Demographie wirklich Schicksal ist, beeilten die Journalisten sich, uns das Rätsel damit zu erklären, dass die Gemeinschaften der Latinos recht verschieden seien: Puerto-Ricaner seien nun einmal keine Kubaner, Mexikaner keine Venezolaner. Jede Gemeinschaft habe ihre Geschichte, ihre eigene Kultur und eigene Interessen und müsse als solche respektiert werden. Sieht man einmal davon ab, dass dies kaum den Anstieg der Stimmen aus der afroamerikanischen Wählerschaft erklärt, wird die Zerlegung von Stämmen in Unterstämme uns nicht weiterbringen. *Menschen* sind verschieden. Weder schwarze noch weiße noch

braune Gemeinschaften sind homogen. Wir handeln oft aus Gründen, die nichts mit unserer Stammeszugehörigkeit zu tun haben.

Obwohl sie von progressiven Medien geäußert werden, unterscheiden sich solche Unterstellungen nicht sehr von denen, die Donald Trumps Praxis bestimmten: die Ernennung eines Neurochirurgen zum Direktor des Amts für Stadtentwicklung, weil er schwarz ist; die Betrauung seines untauglichen Schwiegersohnes mit einer der weltweit heikelsten außenpolitischen Aufgaben, weil er Jude ist; die Berufung einer erzreaktionären Katholikin als Nachfolgerin von Ruth Bader Ginsburg, weil sie eine Frau ist; die Entsendung einer diplomatischen Katastrophe auf den Botschafterposten in Deutschland, weil er schwul ist. Die Tatsache, dass Berlin schon fast ein Jahrhundert lang eine schwulenfreundliche Stadt ist, hinderte ihre Bewohner nicht daran, sich undiplomatisch entsetzt über die unzähligen politischen Fettnäpfchen zu zeigen, in die Richard Grenell trat. Liz Truss' kurze Amtszeit ist nur das jüngste Beispiel für einen solchen Kurs: die Ernennung eines beispiellos diversen Kabinetts, das die konservativste Politik der jüngsten britischen Geschichte vertreten hat. Die Feigenblätter waren nicht groß genug, um diese Schande zu verdecken.

Was ist nun wesentlicher: die Zufälle unserer Geburt oder die Prinzipien, die wir beurteilen und vertreten? Traditionell kaprizierte sich die Rechte auf das Erste, während die Linke das Zweite betonte. Das kehrt sich um, wenn eine liberale Politikerin wie Hillary Clinton der Wahl der ersten weiblichen Premierministerin in Italien als »Bruch mit der Vergangenheit« Beifall zollt und dabei ignoriert, dass Giorgia Meloni der faschistischen Vergangenheit Italiens näher steht als jeder andere Regierungschef seit dem Krieg. Es ist kein Wunder, dass die Theorien, die die Woken beflügeln, ihre mitfühlenden Einstellungen und emanzi-

patorischen Absichten untergraben. Denn diese Theorien wurzeln nicht nur tief im Reaktionären, einige ihrer Autoren waren waschechte Nazis.

Eine Reihe wissenschaftlicher Studien beschäftigt sich damit, wie eng die philosophische Arbeit von Carl Schmitt und Martin Heidegger mit ihrer Parteizugehörigkeit verwoben war, aber hier ist nicht der Ort, einen Weg durch diese Textfluten zu bahnen. Ein Großteil der Literatur ist von der Sorte »ja, aber«, wobei das »aber« anzeigt, dass der fragliche Denker nicht *jeden* Satz der Naziideologie unterschrieben hat oder gelegentlich leise Kritik übte oder früh aus der Partei ausgetreten ist. Andere steigen in komplexe Begriffsanalysen ein und erklären, dass ein wichtiger Teil ihres Denkens unvereinbar mit dem Nazismus sei. Die Komplexität verfolgt den Zweck, die Empörung zu beschwichtigen, als könnte nur philosophische Seichtheit Entrüstung hervorbringen. Die Tatsache, dass beide Männer sich nicht nur in den Dienst der Nazis gestellt haben, sondern dies auch noch viele Jahre nach dem Krieg rechtfertigten, ist ein alter Hut. Was die Gemüter hingegen heute erhitzt, sind rassistische Äußerungen in der Philosophie des 18. Jahrhunderts.

Wie immer man die Beziehung zwischen ihrer jeweiligen Philosophie und ihren politischen Überzeugungen deutet, so viel ist sicher: Schmitt lehnte den Universalismus und jede Vorstellung von Gerechtigkeit ab, die über den Begriff von Macht hinausgeht, und Heideggers Antimodernismus und Glorifizierung bäuerlicher Tugenden waren beherrschender und tiefer verwurzelt als irgendeine andere seiner Überzeugungen. Diese philosophischen Haltungen beeinflussten zweifellos ihre Entscheidung, sich den Nazis anzuschließen, ebenso wie ihre Weigerung, diese Entscheidung nach dem Krieg zu verurteilen.

Angesichts dessen ist es erstaunlich, dass Leute, die sich mit dem Kolonialismus auseinandersetzen, Schmitt studieren oder



dass Philosophen, die für Arbeiterrechte kämpfen, davon reden, Heidegger gegen den Strich zu lesen. Tatsächlich haben viele der theoretischen Annahmen, auf die sich die bewundernswertesten Impulse der Woken stützen, ihren Ursprung in der intellektuellen Bewegung, die sie zutiefst verabscheuen. Die besten Grundsätze der Woken, wie etwa die Forderung, die Welt nicht nur aus einer einzigen geographischen Perspektive zu betrachten, stammen direkt aus der Aufklärung. Doch die heutige Ablehnung der Aufklärung geht meist Hand in Hand mit der Unkenntnis ihrer Thesen. Dieses Buch habe ich in der Hoffnung geschrieben, dass Philosophie die Verwirrungen auflösen kann, die von der Theorie gestiftet wurden – und dabei zugleich unsere politische Praxis stärkt. Es gibt keine Hoffnung auf Fortschritt, wenn man den Ast absägt, auf dem man sitzt – auch wenn man es nicht weiß.

Dies ist kein akademisches Buch. Ich bin mir durchaus bewusst, dass zu den meisten der hier behandelten Fragen viele Bände geschrieben worden sind. Keine der Untersuchungen, die ich hier anstelle, ist erschöpfend. In einer akademischen Arbeit würde man meine Thesen zu Foucault, zu Schmitt oder zur Evolutionspsychologie noch weiter ausdifferenzieren. Aber mir geht es nicht darum, die bestmögliche Interpretation dieser und anderer Denker vorzulegen. Was ich verstehen will, ist ihr Einfluss auf die gegenwärtige Kultur. Dass es Lesarten gibt, die eine wohlwillendere Interpretation ihres Denkens liefern, bezweifle ich nicht. Manche davon habe ich gelesen. Gerade weil sie kompliziert und kontraintuitiv sind, handelt es sich nicht um die Lesarten, die häufig rezipiert werden. *Ist denn gute Philosophie nicht oft kompliziert und kontraintuitiv?* Manchmal gewiss. Aber wenn nicht einmal ein Doktorstudium ausreicht, um einen Text zu verstehen, ist es nur schwer vorstellbar, dass solche theoretischen Werke so befreiend sind wie ihre Absichten. Die Adep-

ten der Theorie unterscheiden sich von den Denkern der Aufklärung wohl vor allem darin, dass diese nicht bloß für ein kleines, ausgewähltes Publikum schreiben wollten. Ihre Schriften waren klar, frei von Jargon und wollten eine möglichst große Leserschaft erreichen. (Selbst Kant, der schwierigste der Aufklärungsphilosophen, hat fünfzehn lesbare Aufsätze für das allgemeine Publikum verfasst.) Ich gebe mir Mühe, ihrem Beispiel zu folgen